

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 8 (1967)
Heft: 3

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Unterstützung für die Nebenwirtschaften

In Osteuropa erhalten neuerdings die privat bebauten Hofstellen der Kolchosbauern staatliche Entwicklungshilfe.

Obwohl der sogenannte private Sektor in der sozialistischen Landwirtschaft Osteuropas einen entscheidenden Anteil an der Agrarproduktion der betreffenden Länder hat, gewährt ihm der Staat keine wesentlichen industriellen Investitionen. Die sogenannten Nebenwirtschaften oder Hofstellen, welche die Kolchosbauern zu eigenem Profit bebauen können, haben ihre hohe Produktivität lediglich dem erhöhten Interesse zu danken, mit dem sich die Kolchosmitglieder ihnen widmen. Für Investitionen indessen haben die Staatsgüter (Sowchosen) erste Priorität, gefolgt von den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (Kolchosen), während der private Sektor zuletzt berücksichtigt wird. Angesichts der Knappheit an Landwirtschaftsmaschinen, Kunstdünger und Schädlingsbekämpfungsmitteln ist es zwar nicht wirtschaftlich rationell, jedoch politisch notwendig, den sozialistischen Sektor im Agrarwesen zu bevorzugen.

Gerade deshalb ist der jüngste bulgarische Beschluss, den Nebenwirtschaften im Jahre 1967 800 Tonnen Insektentvertilgungsmittel zur Verfügung zu stellen, in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzen. Die auf Jahresbeginn publizierte Liste der dazu vorgesehenen Chemikalien weist zudem darauf hin, dass es sich keineswegs um irgendwelche alte Bestände handelt, werden doch eine Reihe moderner und qualitativ hochwertiger Erzeugnisse aufgezählt. Man gibt die Mittel in Packungen mit Gebrauchsanweisungen für einmalige Verwendung ab, was gezielt auf die Bedürfnisse der Nebenwirtschaften zurechtgeschnitten ist.

Bulgarien scheint mit dieser Massnahme übrigens zu Ungarn aufzuschliessen, gab doch Budapest im Januar bekannt, dass die verbesserte Insektiziden-Versorgung es ermöglichen wird, Schädlingsbekämpfungsmittel «in bescheidenem Umfang» nun auch für private Obstgärten und Nebenwirtschaften abzugeben. «Agrotrust», das Lieferunternehmen für die Kollektivgüter, teilt nun auch den Hofstellen ihren Anteil an den betreffenden Produkten zu, die sich die Bauern bisher für ihre Nebenwirtschaften, wenn überhaupt, privat besorgen mussten, das heisst praktisch sehr häufig auf illegale oder halblegale Weise. Ein Teil der für die Kollektivwirtschaft vorgesehenen Mittel dürfte schon bisher ohnehin unter der Hand in die Nebenwirtschaft abgewandert sein. Die jetzt geschaffene Grundlage legalisiert demgegenüber den Anspruch der Bauern auf Investitionsgüter für ihre privat betriebene Hofstelle. Eine weitere ungarische Neuerung ist der Einsatz von Kolchosbrigaden, um Pflanzenschutzmittel auch in den Nebenwirtschaften zu versprühen.

In der Tschechoslowakei ist die staatliche Einstellung zu den Nebenwirtschaften härter geblieben. Zwar ist es

den Kolchospräsidenten theoretisch gestattet, Insektizide zu privatem Gebrauch abzugeben, falls sie im Ueberfluss vorhanden sind, was aber praktisch nie der Fall ist. Alles in allem sind die chemischen Sprühmittel zu knapp, als das sie in nennenswertem Ausmass dem privaten Sektor zur Verfügung gestellt werden könnten.

Aehnlich verhält es sich in Rumänien, wo der Mangel an Schädlingsbekämpfungsmitteln zu einer völlig einseitigen Bevorzugung des sozialistischen Sektors führt.

Aehnliche Restriktionen gelten gesamthaft betrachtet für die Sowjetunion, wobei allerdings die regionalen Unterschiede erheblich sein können. Eine offizielle Versorgungsbasis von Pflanzenschutzmitteln für Nebenwirtschaften gibt es nicht, doch haben manche Kolchos Verkaufsstellen, wo solche Produkte in beschränktem Umfang erhältlich sind. Der private Gebrauch von an sich staatlichem Material (auch von Kunstdünger usw.) für die Nebenwirtschaften wird überdies in der Presse immer wieder gerügt, was darauf schliessen lässt, dass die Praxis zuweilen ihre eigenen Wege geht.

TV oder Politik?

Mit dem rapiden Ansteigen der TV-Empfänger in der Sowjetunion ist die Auflagehöhe der grossen Zeitungen zurückgegangen. Die «Prawda» hat 1966 eine Million Leser verloren, die «Iswestija» immerhin 300 000 und die Jugendzeitung «Komsomolskaja Prawda» eine halbe Million. In den beiden letztgenannten Fällen handelt es sich um Zeitungen, welche ihren grossen Aufschwung erst innerhalb der letzten Dekade verzeichnet hatten. Wenn man die Stichjahre 1957, 1965 und 1966 betrachtet, so ergibt sich folgende Entwicklung: «Prawda» von 5 500 000 zu 7 000 000 auf 6 000 000; «Iswestija» von 1 500 000 zu 7 800 000 auf 7 500 000; «Komsomolskaja Prawda» von 1 809 000 zu 6 800 000 auf «über 6 000 000».

Aus den Zahlen ergibt sich, dass die rückläufige Entwicklung, die letztes Jahr eingesetzt hat, nicht auf spezifische Gegebenheiten der einzelnen Zeitungen zurückzuführen sind (wie etwa die zahmere Gestaltung der «Iswestija» nach Adschubejs Entlassung), sondern ihre nationalen Gründe haben muss. Hier ist die Ausbreitung der Television zu nennen. Zwischen 1961 und Ende 1966 wurden 16,4 Millionen Fernsehapparate verkauft, und dabei wird die Kurve noch erheblich steiler werden: in den Jahren 1967 bis 1970 sollen rund 27 Millionen TV-Empfänger abgesetzt werden.

Interessant ist es indessen, dass auf dem Gebiete der literarischen Zeitschriften die Entwicklung der Auflagehöhe unterschiedlich ist, wobei anscheinend politische Gründe zum mindesten mitspielen. Die Zeitschrift «Ju-

nost» etwa, die ihren liberalen Kurs nach dem 23. Parteikongress letzten Jahres zurückgesteckt und Selbstkritiken veröffentlicht hatte, sieht ihre Auflage von 2 Millionen auf 1,6 Millionen zurückgehen. Ebenso haben die Zeitschriften, die einer orthodoxen Parteilinie verpflichtet sind, durchwegs an Lesern verloren. Das betrifft die Periodika «Oktjabr», «Swesda», «Newa» und «Moskwa». Andererseits hat «Nowi Mir», die unter der Chefredaktion von Alexander Twardowski der «Kältewelle» weitgehend widerstanden und ihre liberale Redaktionspolitik nicht oder kaum verändert, ihre Auflagenhöhe entgegen dem allgemeinen Trend nicht nur halten, sondern sogar steigern können. Das gleiche gilt für die Zeitschriften «Meschunarodnaja Literatura» (Internationale Literatur), «Molodaja Gwardija» (eine Jugendzeitschrift, die anscheinend etliche enttäuschte Leser von «Junost» auf ihre Seite hinüberziehen konnte) und «Snamja», alles Periodika, die durchwegs für ihre «revisionistische» Linie bekannt sind. Es scheint also, dass konformistische Parteitreue für Zeitschriften mit einem Verlust an Abonnenten «belohnt» wird.

Zweimal Dienstverweigerer

Zu Recht geben in der Schweiz, wo noch kein Zivildienst besteht, die Fälle von gerichtlichen Aburteilungen von Dienstverweigerern aus Gewissensgründen zu reden. Immerhin spielt es eine Rolle, wer wie davon redet. Von einem Fall berichten wir in der Schilderung des «Vorwärts»:

«Die eidgenössischen Militärgerichte der von Patrioten noch immer viel besungenen humanitären Schweiz haben bis jetzt nichts gelernt. Eben hat das Zürcher Divisionsgericht 6 einen religiösen Dienstverweigerer zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Der junge Bauzeichner, ein Mitglied der Zeugen Jehovas, muss jetzt diese fünf Monate absitzen, obwohl er sich schriftlich und auch mündlich vor Gericht anerbott, einen doppelt so langen Zivildienst in einem Spital oder in Berggebieten zu leisten. Gerade diese „Einsichtslosigkeit“ des Angeklagten wurde vor Gericht scharf gerügt, trotzdem festgestellt werden musste, dass der junge Mann über einen ausgezeichneten Leumund verfügt. Selbst die Echtheit seiner religiösen Gründe in „schwerer Seelennot“ konnte die vaterländischen Offiziersjuristen nicht von ihrer Einsichtslosigkeit abbringen. Diesen Herrschaften scheint ihr selbstgerechter Justizentscheid keinerlei Kopfzerbrechen zu verursachen. Alfred Rassers Plädoyer im Theater am Hechtplatz gilt jetzt konkret auch für diesen unglücklichen, in „schwere Seelennot“ geratenen jungen Mann.»

Von einem zweiten Fall berichten wir auf Grund einer Notiz in der ungarischen Zeitung «Petöfi Nepe», vom 10. Oktober 1965:

Ein ungarisches Militärgericht hat einen Zeugen Jehovas, Familienvater mit sechs Kindern, wegen Dienstverweigerung zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

Also eine zehnmal härtere Strafe für das gleiche Delikt. Möglich, dass der «Vorwärts» diesen Fall entsprechend beschämender finden wird. Aber irgendwie glaube ich es nicht.

Hitler-Stalin-Pakt als Vorbild

Als Beweis für die von der Sowjetunion gegenüber dem deutschen Volk betriebene Politik friedlicher Zusammenarbeit und freundschaftlicher Hilfe hat Werner Lamberz, Zentralkomitee-Kandidat der ostdeutschen SED, ausser dem Vertrag von Rapallo auch den mit Hitler abgeschlossenen «Nichtangriffspakt» bezeichnet.

Im gleichen Artikel der «Neuen Deutschen Presse» (Organ des DDR-Journalistenverbandes) erklärte Lamberz, es sei ein schwerwiegender Irrtum, wenn manchmal angenommen werde, es gehe darum, dass der Journalismus die DDR attraktiver machen müsse. Attraktiv sei die DDR seit der Stunde ihrer Geburt. Es gehe darum, «das Bewusstsein zu entwickeln und zu vertiefen, dass von der allseitigen Stärkung der DDR nicht nur das Wohl und Wehe aller Bürger unseres Staates abhängt»; die ökonomische, politische und militärische Stärke der DDR sei auch von grösster Bedeutung für die Erhaltung des Friedens in Europa. Der weitere Aufbau des Sozialismus sei ein langandauernder Entwicklungsprozess, «den man nicht willkürlich beschleunigen oder verlangsamen kann, ohne der Sache des Sozialismus zu schaden». In diesem Prozess seien weder Sprünge noch Liberalisierung zuzulassen. Vielmehr müsse er planmässig Schritt für Schritt geführt werden.

Kriminalität und Korruption

Der stellvertretende ungarische Generalstaatsanwalt Karoly Csendes hat einige Gründe für die steigende Kriminalität in Ungarn genannt. Die Gerichtspraxis sei oft nicht über alle Zweifel erhaben, und häufig sei festzustellen, dass einflussreiche lokale Staats- und Parteifunktionäre die Urteile zu beeinflussen versuchten. Indessen hätten die Gerichte keineswegs das Monopol an Korruption:

«Die grosse Lücke zwischen Angebot und Nachfrage ist ein Treibhaus der Korruption. Weil es an Ersatzteilen für Landwirtschaftsmaschinen fehlt, weil es weniger Wohnungen gibt als benötigt werden, weil die Nachfrage nach Automobilen das Angebot vorrätiger Wagen auf dem Markt übertrifft, deshalb finden wir soviel Korruption. Diese Lage hat die seltsame Praxis des Geschenkgebens hervorgerufen, die selbst von Behördemitgliedern geduldet wird. In Tat und Wahrheit fördern und fordern sie diese Praxis sogar selbst.»

Die Korruption ist in Ungarn ein Thema, mit dem sich auch die Presse beschäftigt. So vermerkte die Szegeher Bezirkszeitung «Csongrad Megyei Hirlap», dass die Korruption grassiere

und zahlreiche illegale Vermögen angehäuften würden. Andererseits freilich herrsche bei der Bevölkerung die Tendenz, in ihren Vermutungen zu über-treiben. Sobald jemand ein Auto, ein Einfamilienhaus oder neue Möbel kaufe, frage die Öffentlichkeit, woher das Geld herkomme, und antwor-te sofort: «Korruption». Dabei gebe es doch häufig Leute, die lange und ehrlich sparten, um sich etwas anzu-schaffen.

Das gewisse Gewerbe

Die osteuropäischen Länder sind in zunehmendem Masse über das Misslingen ihrer Bemühungen besorgt, die Probleme der Prostitution zu meistern.

Ausser in Polen ist sie in sämtlichen Ländern illegal; in den Zeitungen der letzten Monate häufen sich jedoch Berichte über die dreiste Art, in der diese Gesetze ignoriert werden.

Im Bemühen, für diese Situation einen Sündenbock zu finden, machen viele den zunehmenden westlichen Tourismus seit 1963 dafür verantwortlich. Aber die Berichte lassen auch durchblicken, dass ein Hauptgrund in der schwachen kommunistischen Währung zu erblicken sei und der Unfähigkeit der amtlichen Stellen, dagegen einzu-schreiten.

In der Tschechoslowakei zum Beispiel kann eine Prostituierte auf dem schwarzen Markt ihre 10-Dollar-Gebühr für 350 Kronen umwechseln. Der amtliche Kurs (nicht der Touristenkurs) dagegen ist 70 Kronen. Zum Vergleich dazu: ein guter Arzt verdient im Monat etwa 3500 Kronen.

In der Tschechoslowakei stellt die Prostitution als «Nebenbeschäftigung» für Hausfrauen und Studentinnen ein Hauptproblem dar. Unter dem gegenwärtigen Gesetz werden die Prostituierten als «Parasiten» angesehen; dadurch werden Massnahmen gegen die Professionellen ermöglicht, aber es lässt eine legale Hintertür für alle diejenigen offen, die einer geregelten Arbeit nachgehen und Prostitution als «Nebenbeschäftigung» betreiben. In letzter Zeit hat sich diese Situation in einigen grösseren Städten in der Tschechoslowakei so verschlimmert, dass die Presse die Forderung stellte, das Gesetz zu ändern, damit diese Hintertür endgültig geschlossen wird. Professionelle Prostituierte können bis zu zwei Jahren Gefängnis erhalten.

In Ungarn beklagen sich die Zeitungen darüber, dass Prostituierte ganz offen an den von ausländischen Touristen besuchten Hotels ihrer Tätigkeit nachgingen sowie in dem teuren Einkaufsviertel in der Umgegend der Váci-Strasse. Selbst wenn die amtlichen Stellen dann eingreifen, ist es oftmals nicht wegen Prostitution, sondern weil die Mädchen sich in illegale Transaktionen in ausländischen Währungen eingelassen hatten. Ein typisches Beispiel ereignete sich im vergangenen August: drei Prostituierte, die in der Váci-Strasse ihrer Tätigkeit nachgingen, wurden wegen Verkaufs ausländischer

Währung auf dem schwarzen Markt zu je 16 Monaten Gefängnis verurteilt. Ihre Prostitution blieb ungestraft. Währungsvergehen war auch der Grund für die Verurteilung von Lillian Kelecsenyi im vergangenen September; sie führte das grösste Bordell im Nachkriegs-Ungarn unter dem Deckmantel einer Bücherei. Die 40 Prostituierten in ihrem Haus wurden ohne Bestrafung entlassen.

Sogar in Rumänien, das nur selten seine schmutzige Wäsche in der Öffentlichkeit wäscht, schrieb die Zeitung «Romania Libera» im November in scharfen Worten über die Situation in Bukarest, wo die Prostituierten — viele nicht älter als 13 Jahre — dreist den ganzen Tag in Restaurants, Cafés und Bars herum sitzen und nur einen Regenmantel über einem Bikini anhaben.

In Bulgarien wurde im vergangenen Jahr ein Bordell von Jugendlichen ausgehoben; die amtlichen Stellen wiesen die Eltern erbot an, besser auf ihre Töchter aufzupassen.

In Polen, wo die Prostitution legal ist, werden die Mädchen nur dann registriert, wenn sie wegen krimineller Vergehen verhaftet werden. Dem katholischen Blatt «Slowo Powszechnie» (14. Januar 1966) zufolge sind etwa 7500 Mädchen auf diese Weise registriert worden.

Experimente mit LSD

Die Tschechoslowakei trägt sich mit der Absicht, die umstrittene Halluzinationsdroge LSD (Lysergamid) zur Heilung von Alkoholikern anzuwenden.

Wenn dieses Experiment von Erfolg sein sollte, so würde dies für das gesamte Osteuropa einen Gewinn von Millionen von Dollar bedeuten. Chronischer Alkoholismus ist in Osteuropa ein Problem, durch das Tausende von verlorenen Arbeitstagen in der Tschechoslowakei, in Polen, Ungarn und Bulgarien verursacht werden.

Den Radiostationen zufolge soll das LSD-Experiment in einem Schloss bei Cerveny Dvur in Südböhmen vorgenommen werden; das Schloss wird gegenwärtig in ein Sanatorium umgebaut, das bis zu 100 Alkoholiker auf einmal aufnehmen kann.

LSD wird in der Tschechoslowakei bereits in grossem Umfang zur Behandlung von neurotischen Fällen angewandt. Der Prager Tageszeitung «Lidova Demokracie» zufolge handelt es sich bei LSD um eine «sehr wirksame Behandlungsdroge», obgleich sie selbst «keine Heilungseffekte stellt, sondern lediglich als Beschleuniger im psychotherapeutischen Prozess wirkt». Die Tschechoslowakei stellt ihren eigenen Bedarf an LSD her.

Die Notwendigkeit, alles nur Erdenkliche auszuprobieren, was nur irgendwie zur Heilung des Alkoholismus beitragen könnte, wird durch die tschechoslowakischen Statistiken offenbart.

Ende vergangenen Jahres berichtete das Parteiorgan «Rude Pravo», dass

Es sind Neid und oft Intrigen,
die uns auf dem Magen liegen.
Wer das hat, dem sage drauf:
«Roth-Chäs aber liegt nicht auf!»

Roth-Käse AG, Uster



in den Beratungszentren 87 000 Alkoholiker registriert seien; tatsächlich aber wird die echte Zahl der Alkoholiker auf etwa 200 000 geschätzt. Eine weitere Meldung im Dezember berichtete von einer Klinik für jugendliche Alkoholiker, in der sich bereits 500 in Behandlung befinden. Der jüngste ist 12 Jahre alt, und etwa 82 Prozent von ihnen befinden sich im Alter von 16 Jahren. Dem Lande gehen, «Rude Pravo» zufolge, mehr als 115 000 Arbeitstage pro Jahr durch den Alkoholismus verloren.

Radio Warschau berichtete im vergangenen Jahr, dass es in Polen 300 000 Alkoholiker gebe und dass 16 Prozent der Ernährungskosten auf Alkohol entfallen. Eine im Jahre 1963 in Gdansk unter 5000 Kindern zwischen 7 und 14 Jahren durchgeführte Umfrage ergab, dass 42 Prozent gelegentlich Alkohol tranken und 20 Prozent häufig.

In Polen hat man versucht, diesen verderblichen Einfluss durch das Verbot des Alkoholverkaufs in zahlreichen Restaurants und Bars aufzuhalten; ausserdem hat man dort die Preise für Spirituosen erhöht und die Herstellung beschränkt. Die Alkoholiker werden kostenlos in psychiatrische Behandlung oder in Krankenhäuser aufgenommen. Anscheinend aber war das nicht ausreichend. Einer Meldung von Radio Warschau Ende letzten Jahres zufolge gibt es allein in Warschau mehr als 500 illegale Verkaufsstellen für Spirituosen.

Der steigende Alkoholismus spiegelt sich vor allem auch in der Statistik über Verbrechen wider. Diese haben in den letzten Jahren, insbesondere unter den Jugendlichen, stark zugenommen und nach Ansicht amtlicher Stellen ist dies ohne Zweifel auf die Trunksucht zurückzuführen.

Ungarn behauptet, dass etwa 2000 Jugendliche wegen Trunkenheit der Eltern sich auf den Strassen Budapests herumtreiben; das bulgarische Partei-

organ «Rabotnicesko Delo» veröffentlichte vor ein paar Monaten eine Reihe von Statistiken in diesem Zusammenhang und machte auch hier den Alkoholismus dafür verantwortlich. Es hiess in dem Bericht, dass Alkohol die Ursache bei 80 Prozent der Ueberfälle, bei Vandalismus und Hooliganismus sei, bei 60 Prozent der Diebstähle, bei 60 Prozent der Sittlichkeitsdelikte, bei mehr als 30 Prozent der Mordfälle und bei 30 Prozent der Unfälle.

In Kürze

Die Zahl der ausländischen Touristen in Rumänien hat sich in der Dekade zwischen 1955 und 1965 von 5000 auf 500 000 verundertacht. Ihrerseits haben 1965 rund 10 000 Rumänen in organisierten Gesellschaftsreisen das Ausland besucht (über die Anzahl der Visa, die für individuell reisende Rumänen ausgestellt wurden, sind keine Zahlen erhältlich). Bis 1970 erwartet man eine weitere 3,6fache Zunahme des internationalen Touristenverkehrs in Rumänien, während 30 000 Rumänen (plus die unbestimmte Zahl von individuell reisenden) pro Jahr zu Auslandsreisen kommen sollen.

Die deutschsprachige tschechoslowakische «Prager Volkszeitung», die zu den liberaleren Presseerzeugnissen des Landes gehört, darf nunmehr auch in Ostdeutschland abonniert werden, wo sie bis anhin verboten war. In der CSSR sind die ostdeutschen Zeitungen schon seit vielen Jahren erhältlich.

In der Sowjetunion ist man jetzt auch offiziell wieder stolz auf Jewgenj Jewtuschenko, dessen Dichtungen die Missbilligung der Partei gefunden hatten. Die neueste Ausgabe von «Sowjetliteratur» (Moskauer Monatszeitschrift) veröffentlicht einige seiner Gedichte und widmet ihm eine positive (wenn auch in politischer Hinsicht zurückhaltende) Würdigung.